

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Wex, Daweke, Dr. Mikat, Graf von Waldburg-Zeil, Nelle, Frau Rönsch, Schemken, Strube, Frau Dr. Wisniewski, Frau Männle, Rossmann, Kalisch, Weiß, Dr. Althammer, Frau Dr. Hellwig, Dr. Hornhues, Linsmeier, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Stercken, Dr. Lammert, Bohl, Dr. Kreile, Dr. Daniels, Dr. Rose, Jung (Lörrach), Dr. Olderog, Dr. Faltlhauser, Lowack, Austermann, Frau Verhülsdonk, Jagoda, Dr. Becker (Frankfurt), Schwarz, Frau Roitzsch, Niegel, Clemens, Pohlmann, Deres, Wimmer (Neuss), Magin, Dr.-Ing. Kansy, Müller (Wesseling), Broll, Dr. Möller, Haungs, Ruf, Dr. Hackel, Echternach, Dolata, Frau Geiger, Schulze (Berlin), Schreiber, Müller (Wadern), Carstensen (Nordstrand), Graf Huyn, Dr. Hüsch, Ganz (St. Wendel), Werner, Wilz, Tillmann, Dr. Blank, Dr. Marx, Herkenrath, Hanz (Dahlen), Buschbom, Maaß, Dr. Pohlmeier, Hornung, Zierer, Zink, Höffkes, Baum, Neuhausen, Dr. Feldmann, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Schäfer (Mainz), Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Rumpf und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksachen 10/785, 10/2237 —

Kulturförderungspolitik der Bundesregierung

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Duve, Bachmaier, Bernrath, Büchner (Speyer), Catenhusen, Conradi, Egert, Gansel, Kühbacher, Frau Dr. Martiny-Glotz, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Rapp (Göppingen), Schröer (Mülheim), Schulte (Unna), Sielaff, Toetemeyer, Wartenberg (Berlin), Frau Weyel, Wolfram (Recklinghausen), Frau Zutt und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 10/382, 10/2236 —

Kulturpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die umfassende Beantwortung der beiden Großen Anfragen, die eine wesentliche Grundlage für die weitere kulturpolitische Diskussion und für neue kulturpolitische Initiativen darstellt. Kultur und Freiheit gehören in einem demokratisch organisierten Staatswesen wie der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Es ist Aufgabe des demokratischen Staates, den Freiraum für kulturelle Leistungen zu sichern. Seine Förderungspolitik dient diesem Ziel.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Bedeutung von Kunst und Kultur für den einzelnen Menschen, die Gesellschaft und das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als eines Kulturstaates gerade auch in einer Zeit finanzwirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Probleme deutlich werden muß. Kultur trägt zur künstlerischen und geistigen Entfaltung des Menschen bei.

Kultur ermöglicht eine kritische Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart und leistet einen wichtigen Beitrag zur Identitätsfindung.

Nach Auffassung des Deutschen Bundestages kommt es darauf an, die Teilhabe aller Bürger an den kulturellen Angeboten und Aktivitäten zu ermöglichen und zugleich den Minderheiten, darunter den unter uns lebenden Ausländern, die Möglichkeit freien kulturellen Ausdrucks zu gewährleisten.

Kultur kann sich nur dann entwickeln, wenn ihre freie Entfaltung respektiert wird und Kulturförderungspolitik vor allem als Hilfe zur Stärkung der Autonomie von Kunst und Kultur verstanden wird.

Der Deutsche Bundestag würdigt und ermutigt die vielfältigen Aktivitäten zahlreicher einzelner Bürger, freier Träger und Vereinigungen in allen Bereichen der Kultur, z. B. in Kunstvereinen und soziokulturellen Zentren. Das kulturelle Leben ist ganz entscheidend geprägt von Kreativität der Künstler und dem privaten Engagement, zu dem die staatlichen Maßnahmen hinzutreten.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung die sachlich notwendige Kontinuität in der Kulturförderungspolitik wahrt und zugleich neue Akzente setzt.

Auch in Zukunft wird es darauf ankommen, das Bewußtsein für unsere deutsche Geschichte und Kultur in engen Bezügen zur europäischen Kultur zu stärken.

Innerstaatliche Kulturpolitik und auswärtige Kulturpolitik stehen deshalb in einem engen Zusammenhang. Wir können nach außen nur vermitteln, was an kultureller Vergangenheit und Gegenwart im Innern lebendig ist. Wir können fremde Kulturen und ihre Leistungen nur anerkennen, wenn wir selbst für sie offen sind.

Der Deutsche Bundestag erneuert in diesem Sinne sein Bekenntnis zum hohen Rang der auswärtigen Kulturpolitik und ihrer Aufgabe, durch kulturellen Dialog, Austausch und Zusammenar-

beit mit allen Ländern die Verständigung der Völker und damit den Frieden zu fördern.

II.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, neue Akzente beim Ausbau des Kulturstaates zu setzen. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Konzeption von Kulturförderungspolitik und bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur folgende Punkte und Maßnahmen zu beachten bzw. zu prüfen und im Rahmen ihrer rechtlichen wie finanziellen Möglichkeiten zu realisieren:

1. Der Deutsche Bundestag nimmt den Stand der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Kulturstiftung mit Befriedigung zur Kenntnis. Er appelliert an alle Beteiligten, das Vorhaben bald zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die außerordentliche Bedeutung, die Berlin in der Förderungspolitik der Bundesregierung beigemessen wird.
3. Der Deutsche Bundestag sieht die Pläne zur Errichtung einer Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn sowie zum Haus der Geschichte als wichtige Beiträge zum kulturellen Ausbau der Bundeshauptstadt an. Er fordert die Bundesregierung auf, beide Projekte zügig und gleichzeitig voranzutreiben. Er geht davon aus, daß die Planungen für Bonn in vertrauensvoller Zusammenarbeit und Abstimmung mit den in Berlin vorgesehenen Projekten erfolgen.
4. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Pflege des Kulturbewußtseins zum Bildungsauftrag unseres Erziehungswesens gehört. Er erwartet, daß die Bemühungen von Bund und Ländern in Schulen und Hochschulen die Vermittlung des kulturellen Erbes und den Zugang zur Gegenwartskunst auch durch unmittelbare Begegnung mit Künstlern zu fördern, entschieden fortgesetzt werden.
5. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß Kunst und Kultur auch eine wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung haben. Er begrüßt daher die Absicht der Bundesregierung, eine Untersuchung hierzu zu veranlassen.
6. Der Deutsche Bundestag begrüßt die bisherigen Beiträge der Bundesregierung zur Bereitstellung von Daten zu Kunst und Kultur, insbesondere die vom Bundesminister des Innern finanzierten Publikationen zur Kunst- und Literaturförderung im internationalen Vergleich. Er ermutigt die Bundesregierung, auf diesem Wege fortzufahren.
7. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Zusage der Bundesregierung, in einzelnen steuerlichen Fragen der Kulturförderung noch in dieser Legislaturperiode tätig zu werden. Er begrüßt die Absicht der Bundesregierung, Möglichkeiten der

Ausdehnung des sog. Übungsleiterfreibetrages (§ 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes) auf weitere Nebentätigkeiten im künstlerischen Bereich zu prüfen. Er begrüßt ferner die Absicht der Bundesregierung, in Gesprächen mit den Ländern weitere kulturfreundliche Steuerregelungen zu erreichen, insbesondere die Vermögensteuerbefreiung für Werke lebender Künstler, die Hingabe von Kunstwerken an Museen zur Tilgung von Steuerschulden und die steuerliche Abzugsfähigkeit von Sachspenden wertvoller Kunstwerke, die erst nach dem Ableben des Spenders in den Besitz der begünstigten Einrichtungen gelangen.

8. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, bei der anstehenden Prüfung die Bedeutung steuerpolitischer Instrumente für die indirekte Kunst- und Kulturförderung umfassend zu würdigen. Er geht dabei davon aus, daß die Bundesregierung das vom Deutschen Kulturrat vorgelegte Memorandum „Kulturfreundliches Steuerrecht“ in diesem Sinne nochmals prüft. Im Hinblick auf mögliche gesetzgeberische Maßnahmen sollte der angekündigte Bericht – ggf. mit einem steuerpolitischen Stufenplan – möglichst früh vorgelegt werden.
9. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Absicht, das Stiftungsrecht und die steuerlichen Regelungen für Stiftungen so auszugestalten, daß privates Mäzenatentum zugunsten von Kunst und Kultur verstärkt wirksam werden kann. Dabei sollen insbesondere Zustiftungen und die Erhaltung der Leistungskraft der Stiftungen erleichtert werden.
10. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Antwort der Bundesregierung zur Filmförderung. Im Hinblick auf den Bedarf qualitätsvoller publikumsattraktiver Filme für Kino und Fernsehen tritt er für die Sicherung der Finanzierung der Filmförderung auch in Zukunft ein.
11. Der Deutsche Bundestag begrüßt die beabsichtigte Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der kulturellen und der wirtschaftlichen Filmförderung. Er ist der Auffassung, daß auch weiterhin den unterschiedlichen Zielsetzungen beider Filmförderungen Rechnung getragen werden muß. Der entscheidende Maßstab der kulturellen Filmförderung muß die künstlerische Qualität bleiben.
12. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß dank der Initiative Privater, die Gründung einer „Deutschen Stiftung Denkmalschutz“ mit Nachdruck und Erfolg betrieben wird. Er fordert die Bundesregierung auf, diese Privatinitiative wie auch das Deutsche Nationalkomitee für den Denkmalschutz weiterhin tatkräftig zu unterstützen.
13. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß die bestehenden Fonds (Kunstfonds, Literaturfonds und Musikförderungsprogramm des Deutschen Musikrates) sich in ihrer Arbeit bewährt haben. Er erklärt, daß die bisherige Unabhängigkeit der Fonds auch in Zukunft gesi-

chert sein muß, und er erwartet, daß die Fonds angesichts neuer Bedürfnisse und neuer Entwicklungen auch neue Aufgaben übernehmen. Der Deutsche Bundestag regt an, daß Fonds auch für die Förderung der Bereiche der darstellenden Künste sowie der Soziokultur – ggf. im Rahmen der zu errichtenden Kulturstiftung – in Erwägung gezogen werden sollten.

14. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß es bei der Altersversicherung älterer Künstler nach wie vor große Probleme gibt. Er fordert daher die Bundesregierung auf zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, diesem drängenden Problem abzuhelpfen.
15. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die derzeit beratene Urheberrechtsnovelle von besonderer kulturpolitischer Bedeutung für die Urheber und damit für die künstlerischen Berufe ist. Sie soll ihnen einen angemessenen Anteil an der wirtschaftlichen Verwertung ihrer schöpferischen Leistungen sichern und wesentlich zur Verbesserung ihrer beruflichen und sozialen Lage beitragen. Für die Zukunft bedarf die Entwicklung der neuen Medien einer sorgfältigen Analyse hinsichtlich ihrer urheberrechtlichen Auswirkungen.
16. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung der Bundesregierung, daß die vorhandenen Programme für Existenzgründungen u.ä. auch für die künstlerischen Berufe gelten. Er fordert die Bundesregierung auf, im Hinblick auf die bestehenden positiven Erfahrungen im privatwirtschaftlichen Bereich dazu beizutragen, die gegenüber künstlerischen Berufsgruppen oftmals bestehenden Hemmnisse weiter abzubauen, und ggf. neue speziell auf die künstlerischen Berufe zugeschnittenen Programme in Erwägung zu ziehen.
17. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechniken auch Chancen für Kunst und Kultur bietet. Vor allem werden sich die Beschäftigungsperspektiven für junge Künstler verbessern, wodurch es neue Belebung des kreativen Potentials geben wird. Er betont, daß die positiven und negativen Auswirkungen dieser neuen Technologien auf die Medien- und Kulturlandschaft sorgfältig beobachtet und analysiert werden müssen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen sind.
18. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Stellenwert, den die Bundesregierung der auswärtigen Kulturpolitik in ihrer Politik einräumt, insbesondere auch hinsichtlich der Pflege der deutschen Sprache im Ausland und der Förderung deutscher Auslandsschulen. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung bei ihren hierzu angekündigten Berichten entsprechend neue Schwerpunkte und Akzente setzt.
19. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich mit den EG-Mitgliedern für eine Konkretisierung und Präzisierung der Kommissionsvorschläge vom 24. November 1982 einzusetzen, insbesondere für einen freien Austausch von Kulturgütern innerhalb der Gemeinschaft, für einen wei-

teren Ausbau der europäischen Schulen wie für eine Förderung und Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts in der Gemeinschaft entsprechend den Zielsetzungen der feierlichen Deklaration zur Europäischen Union. In diesem Zusammenhang stellt der Deutsche Bundestag mit Bedauern fest, daß noch zahlreiche bürokratische Vorschriften und andere nichttarifäre Handelshemmnisse den Austausch von Kulturgütern behindern.

20. Der Deutsche Bundestag betont die wachsende Bedeutung der kulturellen Aktivitäten des Europarats, deren Ziel sein muß, die kulturelle Einheit und Vielfalt der Völker Europas zu stärken, um so das Bewußtsein der Europäischen Gemeinschaft zu fördern. Europarat und EG sollten dabei nach dem Vorbild des Europäischen Jahres der Musik so eng wie möglich zusammenarbeiten.
21. Der Deutsche Bundestag erneuert sein Bekenntnis zur Gemeinsamkeit mit allen Demokratien und fordert die Bundesregierung auf, die kulturelle Zusammenarbeit vor allem mit Nordamerika und den pazifischen Demokratien konsequent zu verstärken.
22. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin für eine Fortsetzung des KSZE-Prozesses gerade auch auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit einzusetzen und konsequent in ihren Bemühungen fortzufahren, alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zur Förderung von Begegnungen der Menschen aus Ost und West durch Dialog, Verhandlungen und Angebot zu breiter Zusammenarbeit zu nutzen. In diesem Sinne soll die Bundesregierung ihren Beitrag zur Vorbereitung des in Madrid vereinbarten Kulturforums 1985 in Budapest leisten.
23. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Notwendigkeit eines verstärkten kulturellen Nord-Süd-Dialogs und erwartet von der Bundesregierung, daß sie die hierfür notwendigen Mittel alsbald bereitstellt.

Bonn, den 7. November 1984

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

